



**LÄNDLE
LEBEN
LASSEN**
Flächenfraß stoppen

Newsletter 6 | 26.02.2024

FLÄCHENFRASS-PARAGRAPH 2.0: DER § 246e BauGB

Liebe Landwirt*innen Naturschützer*innen, engagierte Bürger*innen,

unter Missachtung bisheriger Planungsabläufe, demokratischer Beteiligungsprozesse und des kommunalen Initiativrechts soll der gesamte Außenbereich potenzielles Bauland für den Geschosswohnungsbau werden. In den nächsten Jahren könnten in den Städten, aber auch im Umland und in ländlichen Regionen größere Wohnungsbauvorhaben unter Umgehung bauplanungsrechtlicher Regelungen und kommunaler Satzungen genehmigt werden. Der neue Absatz e) soll – befristet bis Ende 2026 – Ausnahmeregelungen für den Bau von Wohngebäuden ab sechs Wohnungen schaffen. Grundlegende Regelungen des Planungsrechts werden dabei im Sinne der Beschleunigung außer Kraft gesetzt, etwa die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Öffentlichkeitsbeteiligung. Ziel: Trabantenstädte?

Klingt wie der bisherige § 13b. Der Verzicht auf eine Prüfung, ob Interessen gut abgewogen sind und ob das Gemeinwohl berücksichtigt ist, war und ist keine besonders gute Idee.

Die Gemeinden wollen sich in ihrem Siedlungsbereich entwickeln, allein: es fehlen die Instrumente zur Thematik des Baulückenschlusses, der Brachflächenaktivierung und der Innenentwicklung.

Wie wäre es, die Innenentwicklung endlich zur Regel zu machen? „Innen first, außen second!“ Es wäre Zeit, dass das auch in der gebauten Realität ankommt. Wie Studien gezeigt haben, liegen hier Potenziale zur Schaffung mehrerer 100.000 Wohnungen in Baden-Württemberg.

Die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum ist unverzichtbar. Allerdings muss vermieden werden, dass weiterhin v.a. am Siedlungsrand bzw. im Außenbereich gebaut wird und die Innenentwicklung, das heißt das tatsächliche Wohnungspotenzial des Innenbereichs nur nachrangige Berücksichtigung findet.

Der Umgang mit dem § 13b BauGB hat deutlich gezeigt: Dafür, wofür dieser Paragraph verwendet worden ist, wurde er nicht gemacht. Durch eine Fortführung der bisherigen Baulandpolitik mit erleichtertem Zugriff auf Siedlungsrand und Außenbereich droht nicht nur den landwirtschaftlichen Betrieben, dass noch schneller und noch mehr Fläche in Anspruch genommen wird. Dass Bauern und Naturschützer protestieren liegt nahe. Aber auch Architekten, Wissenschaftler und



**LÄNDLE
LEBEN
LASSEN**
Flächenfraß stoppen

Raumplaner sehen die Planungsqualität und eine geordnete Raumentwicklung gefährdet. Und selbst die vermeintlich Begünstigten dieser Regelung wie der Mieterbund und die Kommunalen Spitzenverbände lehnen den Paragraphen ab.

Gerade mit der Priorisierung der Außenentwicklung tragen solche Vorschriften zur weiteren Flächeninanspruchnahme bei. Experten halten es für zweifelhaft, ob solche Regelungen überhaupt die erhebliche Hebelwirkung für das Ankurbeln des Wohnungsbaus haben können. Zu Recht fordert auch die Bundesarchitektenkammer: *„Wir brauchen kompakte Siedlungen mit einer effektiven Infrastruktur, wir können ... nicht die Ränder unserer Siedlungen einem zerstörerischen Wildwuchs preisgeben – wider jede Baukultur!“*

Seien Sie sicher, wir, das Bündnis des Volksantrags Ländle leben lassen, werden weiterhin Alles tun, um sich gegen diesen Paragraphen zu wehren. Wir setzen uns weiterhin für den Schutz der Natur- und Landwirtschaftsflächen ein. Rückenwind in dieser Debatte bringt uns hoffentlich die Übergabe der gesammelten Unterschriften an den Landtag, welche am 1. März stattfindet. Infos hierzu und zu weiteren Themen finden Sie in diesem Newsletter.

Ihr Michael Schulz,
Kommunalreferent
Landesbauernverband in Baden-Württemberg e. V.

und

Ihre Ingrid Hagenbruch,
1. Vorsitzende
Bundesbündnis Bodenschutz e.V.

und

Ihr Dr. Gerhard Bronner,
Vorsitzender
Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e.V.



© NABU_fm-foto

ABSCHLUSS DER UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

Bei den Naturschutztagen am Bodensee bedankten sich die Verbände bei allen Helferinnen und Helfern, die sich beim Volksantrag „Ländle leben lassen“ engagiert hatten. Die Pressemitteilung zur Aktion finden Sie [hier](#).

BÜNDNIS ÜBERREICHT ÜBER 51.000 UNTERSCHRIFTENFORMULARE AN DEN LANDTAG

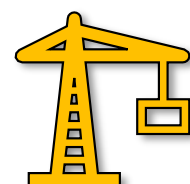
Endlich ist es soweit: Das Bündnis überreicht die über 51.000 gesammelten Unterschriftenformulare am 1. März dem Landtag. Landtagspräsidentin Muhterem Aras wird die Unterschriften in Empfang nehmen. Da das Quorum von knapp 40.000 Unterschriften mehr als erreicht ist, muss der Landtag über den Volksantrag beraten und die Initiatoren anhören. Das Bündnis wird weiterhin hartnäckig bleiben, damit endlich wirksame Maßnahmen gegen den Flächenfraß in Baden-Württemberg ergriffen werden.



© ATW Mannheim

GESPRÄCH MIT CDU-LANDTAGSFRAKTION

Anfang Januar fand ein virtuelles Gespräch zwischen Vertretern der Initiative "Ländle leben lassen" und dem Arbeitskreis Landesentwicklung und Wohnen der CDU-Landtagsfraktion statt. Für die CDU nahmen neben der AK-Vorsitzenden Christine Neumann-Martin die MdLs Christiane





Staab und Klaus Burger sowie der parlamentarische Berater Tim Stephan teil. Das Gespräch verlief in konstruktiver Atmosphäre. Bei manchen Gesprächspartnern stieß freilich das Anliegen, verbindliche Obergrenzen zu verankern, noch auf Skepsis. Gegenstand der Diskussion war neben dem Eckpunktepapier zum Landesentwicklungsplan auch das Positionspapier des Gemeindetages „Zukunftsgestaltung braucht Fläche und Werkzeuge“. Es wurde vereinbart, sich in absehbarer Zeit weiter auszutauschen.

GESPRÄCH MIT MINISTERIUM FÜR LANDES- ENTWICKLUNG UND WOHNEN UND STAATSMINISTERIUM

In den Zielen liegt man nicht allzu weit auseinander und sucht den Kompromiss. Bei den Instrumenten besteht noch Diskussions- und Konkretisierungsbedarf. Amtschef Dr. Schneider verwies auf die vielfältigen Anforderungen, die an den Landesentwicklungsplan gestellt werden. Die Beteiligung der anderen Ressorts und der gesellschaftlichen Interessensträger steht noch aus. Hierfür wird ein Dialogforum eingerichtet, das sich im April erstmals trifft. Ulrike Kessler als verantwortliche Abteilungsleiterin für den Landesentwicklungsplan kündigte an, dass der Plan einen Reduktionspfad für den Flächenverbrauch enthalten werde.

NEUAUFLAGE DES LANDESENTWICKLUNGSPLANS

Der Landesentwicklungsplan, der die Grundlage für die Regionalpläne und damit für die weitere Nutzung der Fläche des Landes Baden-Württemberg bildet, wird derzeit neu aufgelegt. Die Eckpunkte für den neuen Landesentwicklungsplan können Sie [hier](#) nachlesen. Das Thema Flächensparen wird darin abgehandelt, bleibt aber noch vage.



Unter den „Lösungsansätzen“ finden sich Aussagen, wie *„Ergänzung einer sach- und praxisgerechten Begriffsbestimmung des Flächenverbrauchs mit Blick auf die tatsächlich erfolgte Versiegelung“*. Da drängt sich der Verdacht auf, der Flächenverbrauch solle durch eine neue Definition auf dem Papier reduziert werden. Dieses Ansinnen wies das MLW weit von sich. Ferner sollen zahlreiche Ausnahmetatbestände für Wohnbau, Industrie und Gewerbe und Erneuerbare Energien geschaffen werden. Klar ist, dass wir uns damit nicht zufriedengeben.

Mit bundesweit mindestens 84.000 ha Innenentwicklungspotenzialen (IEP) bzw. 99.000 ha Gesamt-Baulandpotenzial (IEP plus B-PlanReserven mit gesicherter Erschließung) bestehen große Entwicklungspotenziale ohne Flächenneuinanspruchnahme. Auf dem kurzfristig nutzbaren Anteil des Gesamt-



Baulandpotenzials können 900.000 bis zu 2.000.000 Wohneinheiten realisiert werden. Dies muss beim neuen Landesentwicklungsplan berücksichtigt werden. Ebenso verhält es sich mit den Gewerbeflächen. Auch hier ist ein riesiges ungenutztes Potential im Bestand vorhanden. Eine weitere Flächenneuinanspruchnahme außerhalb des genannten Potentials ist damit nicht erforderlich. Um der Klimakrise und der Hochwasserproblematik überhaupt noch wirksam begegnen zu können, ist dringend der Schutz der vorhandenen Freiflächen (Natur- und Landwirtschaftliche Nutzflächen) erforderlich. Wir fordern daher, dass das Flächensparen als „Ziel“ der Regionalplanung im Landesentwicklungsplan verankert wird, und nicht nur als „Grundsatz“, wie in den Eckpunkten vorgesehen. Dazu bedarf es der Einführung von verbindlichen Obergrenzen.

Weiterführende Links:

- [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)
- [Storymap](#) Bauland- und Innenentwicklungspotenziale
- [Zusammenfassende Broschüre](#), Hrsg. BMWSB
- [Wissenschaftlicher Bericht](#) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung

ZWISCHENFAZIT DES BÜNDNISSES BODENWENDE

Das Bündnis Bodenwende, ein überparteilicher und interdisziplinärer Zusammenschluss von Akademien, Kammern, Verbänden und Stiftungen, hatte im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 bodenpolitische Wahlprüfsteine erarbeitet und die Antworten der Parteien veröffentlicht. Zur Halbzeit der Legislaturperiode legte das Bündnis im Dezember ein [Zwischenfazit](#) vor. Die Pressemitteilung dazu finden Sie [hier](#).

Bündnis
Bodenwende

NEUES DIALOGFORMAT ZU BÖDEN UND FLÄCHEN

„HuMUS open“ – Interessenten bitte melden

Der Ernährungsrat StadtRegion Stuttgart e.V. plant zusammen mit der Universität Hohenheim, Geschäftsstelle für Bioökonomie, für die nächsten Monate eine Veranstaltungsreihe „HuMUS open“. Der Ernährungsrat StadtRegion Stuttgart e.V. (ERS) ist Konsortiums-Partner im EU-Projekt „HuMUS – healthy municipal soils“ (gesunde kommunale Böden) im Rahmen der EU-Mission "A Soil Deal for Europe". Nach den Angaben der EU gelten zurzeit 60 bis

Ernährungsrat
StadtRegion Stuttgart





70 Prozent der Böden in der EU als ungesund. In der Diskussion um Böden und Bodenfruchtbarkeit in der StadtRegion Stuttgart sehen wir als Ernährungsrat eine wichtige Aufgabe darin, vorhandene Freiflächen vor Versiegelung zu schützen und vorhandene Agrarflächen ökologisch aufzuwerten.

HuMUS open – lasst uns über Böden sprechen!

Wir wollen in den Monaten April bis Oktober 2024 mit einem neuen, facettenreichem Dialogformat für die Zielgruppe Entscheider in den kommunalen und regionalen Gremien und für die interessierte Bürgerschaft mit einer „Tournée durch die StadtRegion“ an noch festzulegenden Orten unterwegs sein. Im „Zehn-Minuten-Takt“ sollen jeweils 3 Speaker einen prägnanten Input aus ihrem Fachbereich / Blickwinkel / Beruf / Hobby präsentieren und anschließend in einer gemeinsamen Diskussion vertreten. Kulturelle Beiträge sollen den Abenden einen weiteren Reiz verleihen. Jetzt sind Ideen gefragt und Referentinnen und Referenten angesprochen, sich mit einem Kurzbeitrag zu spannenden Themen einzubringen. Das Themenspektrum ist zunächst unbegrenzt. Beispielsweise nüchterne Siedlungsplanung, poetische Landschaftsbetrachtung, Historie der Selbstversorgung und Landnutzung, aktuelle Technik im Gemüsebau, Begegnungen auf dem Feldweg, Bodenbiologie, Kleinklima oder Gemeinschaftsgärten mit Humusaufbau... Die Diskussionsabende sollen den Blickwinkel der Menschen erweitern und zu konstruktiven Gesprächen anregen.

Thema Erhalt und ökologische Aufwertung von Agrar- und Grünflächen im Ballungsraum Stuttgart

Hintergrund: Der Ernährungsrat StadtRegion Stuttgart will zusammen mit den relevanten Stakeholdern Maßnahmen entwickeln, um mehr lokale, ökologische Produktion von Lebensmitteln zu ermöglichen. Dazu gilt es, die Böden in der von Siedlungsbau und Verkehrsinfrastruktur bedrohten Frei- und Agrarfläche in ihrer Funktion zu erhalten und ökologisch aufzuwerten. Es braucht Aufmerksamkeit, Relevanz und Verständnis für die Funktionen, für die gesellschaftlichen - und Ökosystemleistungen von Böden: Biodiversität, Wasser/ Schwammwirkung- und CO2 Speicherung, die Erhaltung und Verbesserung der Bodenstruktur für Produktion sowie die Erlebbarkeit (Freizeit / Hochwertige Naherholung).

Interessierte bitte melden!

Nehmen Sie Kontakt [unter diesem Link](#) mit dem Ernährungsrat StadtRegion Stuttgart auf und schreiben Sie uns in wenigen Worten, wie Sie sich bei der Veranstaltungsreihe HuMUS open einbringen wollen. Oder setzen Sie im Kontaktformular aus unserer Website ein [Häkchen beim Thema Bodenschutz](#).

P.S.: wir sind dankbar für Tipps zu möglichen Kulturbeiträgen und Kontakten zu Künstlerinnen und Künstlern: Erdiger Blues, bodenständige handgemachte Musik, eine lokal verwurzelte DJane oder modellierte Kunst aus Lehm... Auch hier sind keine Grenzen gesetzt. Auf Ideen, Tipps und Kontakte freuen wir uns!

Weitere Info zum EU-Projekt HuMUS unter humus-project.eu oder auf der [Website des Ernährungsrates](#).



FLÄCHEN DOPPELT NUTZEN: PV UND PARKEN

Mit dem [Förderprogramm „Parkplatzüberdachung mit Photovoltaik“](#) unterstützt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft eine effiziente Nutzung bereits versiegelter Parkplatzflächen in Baden-Württemberg. Bei neuen Parkplätzen ab 30 Stellplätzen ist dies gesetzlich vorgeschrieben.



Wir loben das Förderprogramm, auch wenn es nur ein Baustein im großen Flächenspar-Puzzle darstellt.

© Umweltministerium/Bjoern Haenssler

FEEDBACK UND IMPRESSUM

Bündnis „Ländle leben lassen“
laendle-leben-lassen@lnv-bw.de
www.laendle-leben-lassen.de